

Völkermord in Gaza und die deutsche Politik

Rede auf der Veranstaltung der Friedensplattform Hanau am 05. 07. 2025

Worüber möchte ich sprechen?

Es sind drei Themenkomplexe:

- 1) Die Lage der Palästinensischen Bevölkerung in Gaza und die Absichten der israelischen Regierung
- 2) Die Unterdrückung des palästinensischen Widerstands und der Solidarität deutscher Bürger mittels des Antisemitismusvorwurfs und der deutschen Staatsräson, die zur bedingungslosen Unterstützung der israelischer Politik aufruft.
- 3) Die realpolitischen Interessen, die der Ideologie der Staatsräson zu Grunde liegen.

Teil 1

Den ersten Komplex kann ich relativ kurz behandeln, weil die israelischen Absichten inzwischen offen zutage liegen.

Im April 2024 veröffentlichten meine Freunde Rainer Roth und Reinhard Frankl eine Broschüre mit dem Titel: Nakba 2.0 ? Versehen mit einem Fragezeichen.¹ Heute ist gewiss: Die israelische Regierung will eine zweite noch umfassendere Vertreibung als 1948. Die Palästinenser sollen den Gazastreifen räumen. Die mörderischen Ereignisse, deren Zeugen wir täglich werden, dienen diesem Ziel.

Die Städte des Gazastreifens wurden völlig zerstört; durch immer neue Bombardements werden sie zunehmend dem Erdboden gleich gemacht. Keiner soll sein Haus wieder bewohnbar vorfinden. Die Bevölkerung wird täglich durch Bomben und Beschuss in Angst und Schrecken versetzt. Weit über 150.000 Menschen Palästinas wurden getötet, weit über 100.000 wurden schwer verletzt.² Die medizinische Versorgung ist trotz großer Anstrengungen auch internationaler medizinischer Hilfsorganisationen nahezu zusammengebrochen. Die israelische Armee schreckte auch nicht davor zurück, internationale Krankenhäuser ohne Warnung zu beschießen, obwohl sie als humanitäre Einrichtungen klar deklariert waren.

Die Bevölkerung befindet sich ständig auf der Flucht. 1,9 Millionen Menschen, d.h. 90 Prozent der Menschen in Gaza, sind Vertriebene. Sie werden immer wieder von einem Ort zum andern gehetzt. Die Orte, in denen sie zuletzt eingepfercht werden sollen, werden immer kleiner und sind abgeschnitten von den notwendigsten Mitteln des täglichen Lebens: Wasser, Brot, Energie und sichere Behausung.

Das entspricht und folgt einem Plan. Israels Verteidigungsminister Gallant erklärte im Oktober 2023: „*Wir kämpfen gegen Tiere... und wir werden entsprechend handeln: kein Strom, kein Essen, kein Wasser, kein Gas. Wir werden Gaza vollständig besetzen.*“³

Die extreme Rechte schwelgt in Vernichtungsfantasien. Israels Finanzminister Bezalel Smotrich äußerte, er würde den Hungertod von zwei Millionen Menschen in Kauf nehmen, um die Freilassung der Hamas-Geiseln zu erzwingen. Übertroffen wird er noch von dem Minister für Kulturerbe Amichai Eljahu, der auf die Frage, ob man in Gaza die Atombombe einsetzen sollte, sagte: „*Ja, das wäre eine Möglichkeit. Wir sollten schauen, was ihnen Angst macht und abschreckt. Denn zu drohen sie zu töten, reicht nicht. Sie haben keine Angst vor dem Tod*“. Er lehnte jede humanitäre Hilfe für die Menschen in Gaza ab und nannte sie „*Monster aus Gaza*“. Sie sollten nach Irland oder in die Wüste.⁴ Wegen internationaler Empörung wurde Eljahu von Netanjahu zurück gepfiffen, aber er sitzt weiter im Kabinett.

1“Nakba 2.0?“, Klartext-Blog [www. Klartext-info.de](http://www.klartext-info.de), April 2024

2 <https://www.infosperber.ch/politik/welt/israels-krieg-in-gaza-forderte-wohl-schon-ueber-200000-tote/>

3 <https://www.politik/welt/israels-verteidigungsminister-wir-kaempfen-gegen-tiere/>

Etwas liberalere israelische Ideologen schreiben den Vernichtungswillen nur der äußersten Rechten zu. Die israelische Führung wolle nicht die physische Vernichtung der Bevölkerung von Gaza. So erklärt der israelische Historiker Benny Morris in einem Interview mit der FAZ:

*„Ich bin kein Genozidforscher, aber ich habe zusammen mit Dror Ze’evi ein Buch über den türkischen Völkermord an den Armeniern, Griechen und Syrern zwischen 1894 und 1924 geschrieben. Ich weiß, wie ein Genozid aussieht. Ein Genozid muss vom Staat organisiert, systematisch und zielgerichtet sein. Und es muss die Absicht geben, ein Volk tatsächlich zu vernichten. Beides gibt es in Bezug auf die Palästinenser nicht – außer bei ein paar israelischen Ministern. Die israelischen Luftangriffe zielen auf Hamas-Kämpfer ab. Man weiß, dass sie sich unter zivilen Einrichtungen verstecken, weshalb auch andere Menschen getötet werden- was nach internationalem Recht sogar erlaubt ist“.*⁵

Das ist eine äußerst beschönigende Beschreibung der Lage und die paar Minister, von denen Morris spricht, sind der extremistischste Flügel einer insgesamt faschistoiden Regierung. Netanjahus Plan sieht vor, den Gazastreifen dauerhaft in Besitz zu nehmen und die palästinensische Bevölkerung im Süden zur ägyptischen Grenze hin in engen Sicherheitszonen zu konzentrieren unter Ausschluss aller des Widerstands fähiger Personen. Er nennt das: Ausschluss von Islamisten. Dort sollen sie dann mit dem aller mindesten notdürftig am Leben gehalten werden. Konzentrationslagerzonen nennt Netanjahu „Einhaltung humanitären Völkerrechts“. Dieser Plan dient ihm dazu, die UN und andere internationale Hilfsorganisationen auszuschalten, die noch Zeugen der Brutalität des israelischen Militärs sind. Man behauptet, keinen Genozid zu begehen, schafft aber Bedingungen unter denen Menschen nicht existieren können. Ergebnis ist ein schleichender physischer und psychischer Tod. Eine Aussicht auf Überleben soll nur noch für die bestehen können, die das Land verlassen. Nakba durch Zerstörung der Existenzgrundlagen, systematisch geplant von einer angeblich demokratischen Regierung.

Schon jetzt setzt Israel systematisch Hunger als Waffe ein, in dem es die Auslieferung internationaler Hilfe sabotiert, Hilfskonvois stoppt und Verteilungsstellen beschießen lässt. Dazu schreibt Jean Francois Carty, Präsident der Ärzte der Welt, Sektion Frankreich:
„Wir sind nicht nur Zeugen einer humanitären Krise, sondern einer Krise der Menschlichkeit und des moralischen Versagens, denn Hunger wird als Kriegswaffe eingesetzt“.
Er kritisiert die Untätigkeit anderer Staaten und folgert, dass dies nach dem Völkerrecht als Mittäterschaft ausgelegt werden könnte.⁶

Israels Armee nennt sich demokratisch. Wie können Soldaten in einer aufgehetzten rassistischen und enthemmten Stimmung demokratisch sein? Sie sind Werkzeuge des täglichen Terrors gegen eine wehrlose Bevölkerung. Immer wieder berichten Al Jazeera und OCHA (Office for the Condition of Humanitarian Affairs) von willkürlichen Beschießungen und Tötungen auch von Kindern. Das Militär ist der handelnde Teil der Menschen verachtenden staatlichen Terrormaschine. Soldaten werden von ihren Regierenden zu Mördern gemacht; im Gaza wie in der Ukraine.

Politik und Presse bezeichnen die Vertreibung der Palästinenser immer noch als Krieg oder (noch verniedlichender) als Konflikt. Damit wird unterstellt, es handle sich um die militärische Auseinandersetzung von Heeren. Das ist vollständiger Unsinn. Die Hamas war nie eine nur in Ansätzen Israel gleichwertige Armee. Inzwischen ist die Hamas militärisch erledigt. 20.000 ihrer

4 <https://www.rnd.de/politik/atombombe-auf-gaza-israelischer-minister-nennt-werfen-eine-option-regierung-distanziert-sich-PSHYZBB5TVLX5A6K53YDF75ZSE.html>

5 FAZ, 20.06.2025

6 <https://www.aerztederwelt.org/presse-und-publikationen/presseinformationen/2025/05/12/neuer-bericht-hunger-wird-gaza-als-waffe-eingesetzt>

Kombattanten sollen getötet worden sein. Der Rest ist desorganisiert und auf der Flucht. Aber immer noch wird die Beschießung der Zivilbevölkerung und die Zerstörung von Krankenhäusern mit der Verschanzung der Hamas in zivilen Einrichtungen begründet.

Der Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023 mit dem grausamen Massaker an unschuldigen Menschen Israels gab den Anlass, mit dem palästinensischen Volk aufzuräumen und langwierig ersehnte Träume eines Groß-Israels mit Gewalt zu verwirklichen. Denn der Krieg hat auch das Westjordanland erfasst. Seit Oktober 2023 wurden 9.000 neue Wohneinheiten in der Westbank genehmigt. Gleichzeitig nimmt der Terror israelischer Siedler zu, ermutigt von ihrer Regierung. Sie zerstören palästinensische Häuser und bauen selbst illegale Siedlungen. Sie werden von der israelischen Regierung zunehmend bewaffnet und machen von der Waffe Gebrauch. 630 Palästinenser sollen allein bis August 2024 im Westjordanland getötet worden sein. Der wunderbare Film „No Other Land“, eine Zusammenarbeit von israelischen und palästinensischen Aktivisten und Künstlern, zeigt diesen Terror exemplarisch auf. Der Film erhielt den Europäischen Filmpreis und wurde 2025 als bester Dokumentarfilm mit dem Oscar ausgezeichnet. Der palästinensische Mitregisseur Hamdan Ballal wurde im März 2025 von einer Gruppe von ca.15 bewaffneten Siedlern überfallen und schwer verletzt. Auf seine Anzeige wurde er vom israelischen Militär verhaftet. Die schweren Misshandlungen durch die Siedler und seine Hilfeschreie wurden durch das Handy des Misshandelten aufgezeichnet und waren im Fernsehen zu sehen. Ein Sturm der Entrüstung blieb in Deutschland aus und der Film wird in den üblichen Programmkinos nach wie vor nicht gezeigt. Den Höhepunkt der militärischen Aktivitäten in der Westbank bildete der Einmarsch der israelischen Armee im Norden. Drei Flüchtlingslager wurden überfallen. 40.000 Menschen wurden vertrieben. Ihre Häuser wurden mit Bulldozern und Bombern zerstört.⁷ Es besteht kein Zweifel, dass die israelische Regierung die Absicht hat, die Westbank zu annektieren. Der Kriegsminister ordnete eine Besetzung bis vorerst auf ein Jahr an. Die faschistische Rechte fordert mit dem Westjordanland wie mit Gaza zu verfahren. Aber immer noch schwätzen Politiker, wie z.B. Macron von der Zwei-Staaten-Lösung, obwohl die Likud und die mit ihr verbundenen Parteien immer deutlich gesagt haben, dass sie einen palästinensischen Staat niemals akzeptieren werden und das israelische Parlament 2022 ein Gesetz verabschiedet hat, das einen palästinensischen Staat ausschließt.

Inzwischen hat die israelische Armee ihr Aktionsfeld ausgeweitet. Sie kämpft nach eigenen Aussagen an sieben Fronten: Gaza, Westbank, Libanon, Syrien, Irak, Jemen und Iran. Ziel des Krieges: Groß-Israel als hegemoniale Vormacht im Nahen Osten.

Teil 2

Angesichts der Lage des palästinensischen Volkes im Gazastreifen, im Westjordanland und in den Flüchtlingslagern des Libanon ist es kein Wunder, dass die Palästinenser, die im westlichen Ausland leben, ihr demokratisches Recht wahrnehmen und zur Unterstützung ihres Volkes zu Aufklärung, Demonstrationen und Veranstaltungen aufrufen, um die Bevölkerung ihrer Länder gegen die

⁷ <https://www.stern.de/politik/israel-startet-grossen-militaereinsatz-im-westjordanland--35401668.html>

Verletzung von Völker- und Menschenrechten zu mobilisieren. Sie werden unterstützt von vielen demokratisch gesinnten Menschen und auch von vielen jüdischen Menschen, die diesen Ländern angehören oder in ihnen wohnen. In den Staaten der EU wird dieser Widerstand zum Teil erheblich behindert. Am stärksten ist die Repression in Deutschland. In meiner Broschüre „Staatsräson - Verletzung des Völkerrechts“ aus dem Sommer des letzten Jahres, habe ich die Repression beschrieben und zahlreiche Fälle aufgelistet. Ich will hier noch einmal an den Palästina-Kongress erinnern, der vom 12. bis 14. April 2024 in Berlin geplant war. Tausend Teilnehmer, darunter viele Prominente, waren erwartet worden. Wichtigen Teilnehmern wurde jedoch die Einreise verweigert. Der palästinensische Chirurg Ghassen Abu Sittah, der in einem Krankenhaus in Gaza gearbeitet hatte, und der ehemalige griechische Finanzminister und EU-Parlamentsabgeordnete Varoufakis durften nicht einreisen. Der Kongress wurde schon am Freitag von der Polizei nach zwei Stunden gewaltsam aufgelöst, wegen angeblich antisemitischer Hetze. Schon im Vorfeld hatte der Berliner Bürgermeister Kai Wegner, ein heftiger antipalästinensischer Scharfmacher erklärt: *„Es ist unerträglich, dass ein sogenannter Palästina-Kongress in Berlin stattfinden wird. Wir dulden in Berlin keinen Antisemitismus, Hass und Hetze gegen Jüdinnen und Juden. Deshalb wird die Berliner Polizei konsequent durchgreifen, sollte es bei diesem Treffen zu antisemitischen Äußerungen und Straftaten kommen.“*⁸ Das Berliner Innenministerium hatte ausgemacht, dass alle Gruppen, die zum Kongress aufrufen, dem Boykott-Spektrum zuzurechnen seien. Sie würden Israel Apartheid, Kolonialismus und Völkermord vorwerfen.

Die Berliner Regierung folgt dem Beschluss des Bundestags von 2019 *„Der BDS-Bewegung entschlossen entgegentreten-Antisemitismus bekämpfen.“* Sie macht sich dabei eine Arbeitsdefinition der „International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zum Begriff Antisemitismus zu eigen, die in ihren elf Beispielen von Antisemitismus allein sieben auflistet, die sich auf den Staat Israel beziehen. Deshalb haben sich über 359 israelische Wissenschaftler gegen diese Definition gewandt, weil sie zu Irritationen führe, die den Kampf gegen den Antisemitismus schwäche. In ihrer Jerusalemer Erklärung von 2021 betonen sie, dass Kritik am staatlichen Handeln Israels erlaubt sein muss. Ausdrücklich betonen sie auch, dass BDS nicht per se antisemitisch ist. Den sich angeblich ständig auf Wissenschaft stützenden Bundestagsabgeordneten sind diese Einwände vollkommen egal. Sie ignorieren auch die Einwände wichtiger Kulturverbände und Einrichtungen unseres Landes. Diese warnten in ihrer Initiative „GG 5.3 Weltoffenheit“ vom Dezember 2020 vor einer Einschränkung der **grundgesetzlich** geschützten **Kunst- und Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Absatz 3 GG)**:

*„Es ist unproduktiv und für eine demokratische Öffentlichkeit abträglich, wenn wichtige lokale und internationale Stimmen aus dem kritischen Dialog ausgegrenzt werden sollen (...). Die historische Verantwortung Deutschlands darf nicht dazu führen, andere historische Erfahrungen von Gewalt und Unterdrückung moralisch oder politisch pauschal zu delegitimieren. (...) [Wir halten] die Logik des Boykotts, die die BDS-Resolution ausgelöst hat, für gefährlich. Unter Berufung auf diese Resolution werden durch missbräuchliche Verwendung des **Antisemitismus**vorwurfs wichtige Stimmen beiseite gedrängt und kritische Positionen verzerrt dargestellt. [...] Wir verteidigen die weltoffene Gesellschaft, die für die Gleichwertigkeit aller Menschen mit den Mitteln des Rechtsstaates und öffentlichen Diskurses streitet sowie Dissens und vielschichtige Solidaritäten zulässt.“*⁹

Der Bundestag dagegen erweiterte die Antisemitismus Definition der IHRA noch. Sie hat zusätzlich folgende Erweiterung verabschiedet:

8 <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/wegner-nennt-palaestina-kongress-unertraeglich/>

9 https://de.wikipedia.org/wiki/Initiative_GG_5.3_Weltoffenheit

"Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein."¹⁰

Die Bundestagsabgeordneten legten mit ihrem von einer riesigen Mehrheit getragenen Beschluss zu „Antisemitismus und Israelfeindlichkeit“ vom 29.1.2025 nach und verpflichten Schulen und Hochschulen dazu, dem von ihnen definierten Begriff des „Antisemitismus“ zu folgen.

Am 06. 04. 2025 wurde des 80igsten Jahrestags der Befreiung des KZs Buchenwald feierlich gedacht. Als Hauptredner war der jüdische Philosoph Omri Boehm eingeladen. Die israelische Botschaft verhinderte sein Auftreten. In der Rede, die Boehm halten wollte (sie liegt gedruckt vor), kritisiert er die israelische Gewaltlogik. Er weist nach, dass in der jüdischen religiösen Tradition der Friede mehr noch als Gerechtigkeit als höchster Wert und Ziel gilt. Das „Nie wieder“ sei nur in seiner universellen Form als Weltfriede möglich. Zitat. *„Eine Welt, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit erlaubt, erlaubt sie auch gegen Juden.“* Er kritisiert die Zusammenarbeit der israelischen Regierung mit europäischen Faschisten. Zitat: *„Bald wird die AfD durch Yad Vashem marschieren“* wie vor ihnen Wilders und Orban.¹¹

Wie Boehm sagt auch einer der bedeutendsten Holocaust-Forscher Omar Bartov, dass aus dem „Nie wieder“ falsche Lehren gezogen wurden:

„Wenn man über einzelne Menschen schreibt, muss man sich zwangsläufig in sie einfühlen, weil man sie als menschliche Wesen betrachtet – und nicht als Rädchen in einer Maschine.“

*Denken Sie jetzt an das, was gerade in Gaza passiert, und daran, wie die Geschichtswissenschaft – insbesondere diejenigen, die über den Holocaust geschrieben haben, die über die Notwendigkeit gesprochen haben, daraus zu lernen, und die das Prinzip »Nie wieder« hochgehalten haben – Schwierigkeiten hat, darauf zu reagieren. Besonders Wissenschaftler im Bereich der Holocaustforschung tun sich schwer dabei, über das zu schreiben oder sich überhaupt mit dem auseinanderzusetzen, was in Gaza geschieht. Denn wenn man akzeptiert, dass ein Teil der Identifikation von Genozid darin besteht, sich mit den Opfern zu identifizieren, was tut man dann, wenn der Staat, der den Genozid verübt, sich selbst als die Antwort auf den Holocaust versteht und darstellt – ein Staat, der sich als Hüter der Holocaust-Erinnerung positioniert, der die richtigen Lehren daraus gezogen hat, und doch in eine genozidale Unternehmung verwickelt ist?“*¹²

Doch die Bundesregierung weiß alles besser und setzt die Repression unbeirrt fort. Nahezu alle politischen Äußerungen sind den Palästinensern verboten.

Es darf z.B. nicht gesagt werden:

„From the river to the sea, Palestine will be free“. Damit werde das Existenzrecht Israels geleugnet.

Verboten ist: *„Stoppt die Besatzung, stoppt den Mord“.* Damit werde der israelische Staat dämonisiert, indem die militärischen Handlungen des Staats nicht als Akt der Selbstverteidigung, sondern als vorsätzliches Tötungsdelikt dargestellt werden.

10 <https://gegen-extremismus.rlp.de/gegen-antisemitismus/antisemitismus-begriff-und-definition>

11 Süddeutsche Zeitung, 17.06. 2025

12 <https://jacobin.de/artikel/omer-bartov-gaza-israel-genozid-holocaust>

„Jüdischer Kolonialstaat“ darf nicht gesagt werden und auch „Intifada“ ist nicht erlaubt, weil sie an gewaltsamen Widerstand erinnere. Aber auch „Ende der Apartheid“ ist verboten, weil das den demokratischen Staat beleidige und BDS unterstütze.

Auch die Losung „Ein Staat Palästina für beide Völker“ ist auf dem Index, weil damit das Existenzrecht des israelischen Staates geleugnet werde.

Damit ist den Palästinensern jeder politische Ausweg versperrt. Palästinensern soll nur bleiben, ohne politische Artikulation Trauer und Schmerz auszudrücken. Zur Kontrolle sind Lieder und Reden in arabischer Sprache und das Zeigen von Widerstandszeichen und Symbolen untersagt.

Natürlich fordert das den Widerstand heraus. Verbote und die polizeiliche Provokationen produzieren sogenannte Straftaten. Sehr deutlich wurde das auf der Demonstration in Kreuzberg am Tag der Nakba. Clemens Arzt, Professor für Öffentliches Recht an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin und Direktor des Berliner Instituts für Sicherheitsforschung (FÖPS Berlin), erklärte gegenüber *jungen Welt* dass er seit Oktober 2023 auf vielen Demonstrationen war und schockiert gewesen sei. Er nimmt an, dass der Polizeieinsatz am 15. Mai 2025 illegal war. »Dieses Ausmaß an Polizeigewalt war nicht notwendig. Es war einfach brutale Gewalt, mehr nicht, und ich habe so etwas noch nie erlebt.«¹³

Die Folge: Der Verfassungsschutzbericht für 2024 nennt 57.701 Straftaten mit extremistischem Hintergrund. und beklagt eine Steigerung um 46 Prozent zum Vorjahr. Allein 2023 wurden schon 5.000 Straftaten „in Bezug auf den Konflikt“ gezählt, 2024 werden es noch mehr sein. Wo die Kriminalisierung gewollt ist, tritt sie ein. Immer mehr werden auch jüdische Organisationen als gesichert extremistisch eingeschätzt; so auch „Die Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“, weil sie antisemitische Narrative bediene und israelfeindlich agiere.

Woher weiß eigentlich unsere Regierung und die Mehrheit der Bundestagsabgeordneten besser, was antisemitisch ist als viele Juden selbst? Sie schöpfen ihre Erkenntnis aus der angeblich tiefen inneren Betroffenheit über den mörderischen Holocaust an dem jüdischen Volk. Das tief zu bereuen, wäre nicht falsch. Aber ob Reue glaubwürdig ist zeigen die Taten. Die bedingungslose Unterstützung allen israelischen Handelns, inklusive schwerster Verstöße gegen des Völkerrecht, gilt aber als notwendige Staatsrason.

Den Begriff Staatsrason hat zuerst der italienische Denker Machiavelli in seiner Schrift „Der Fürst“ entwickelt. Die Denkschrift richtet sich an den Fürsten der Toscana aus dem Hause Medici. Diese Familie entstammte dem Bürgertum. Insofern galt die Herrschaft der Medici als illegitim. Machiavelli dient sich dem Herzog als Berater an, um dessen Gewaltherrschaft zu stabilisieren. Es geht in der Schrift also um die Behauptung der Selbstherrschaft eines Tyrannen. Um diese zu sichern, seien ihm so gut wie alle Mittel erlaubt. Kann man das auf eine Demokratie übertragen? Nein! Demokratie ist doch vorgeblich Volksherrschaft. Deren „Staatsrason“ kann allenfalls die Verfassung sein und nichts Anderes, denn es gilt Meinungsfreiheit. Die heute verkündete Staatsrason ist nichts Anderes als eine Doktrin, die die Grundrechte beschränkt. Sie schreibt Denkregeln vor, deren Wahrheit angeblich alternativlos sei. Das wird Mode. Schon bei Corona war das staatliche Handeln „die Wissenschaft“. Gegenansichten waren die Unwahrheit (Fakes). Menschen, die sich dem Impfbzwang widersetzten, waren Volksfeinde, die die Gesundheit der

13 <https://www.google.com/search?client=ubuntu-sn&channel=fs&q=Clemens+Arzt+zu+Demo+in+Neukoelln>

Nation beschädigten. Auch im Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gibt es nur eine wahre Erzählung. Wer für Frieden und Verhandlungen eintritt und gar eine Mitschuld der Nato an der Entwicklung zum Krieg erkennt, erzählt angeblich Putins Narrativ. Es gibt nichts Drittes, nur entweder oder. Das ist doktrinär und und antiwissenschaftlich und führt zu tiefen Widersprüchen. Zu Recht verurteilt die Regierung den Angriffskrieg Russland als Verstoß gegen das Völkerrecht. Sie verhängt Sanktionen und fordert die Verurteilung Putins vor dem internationalen Gerichtshof. Auf der anderen Seite sollen aber die zahlreichen und schweren Völkerrechtsverstöße der israelischen Regierung durch das Recht auf Selbstverteidigung legitimiert sein. Eine Anklage gegen Netanjahu unterstützt die Bundesregierung nicht.

Wo Wissenschaft keine Rolle spielt, herrscht Ideologie. Auch der Antisemitismusbegriff der Bundesregierung ist ideologisch, weil er den europäischen Antisemitismus mit dem Israelhass bei Palästinensern gleichsetzt. Der europäische Antisemitismus wurzelt im Christentum. Er hatte während der Zeit der Kreuzzüge seine ersten Höhepunkte, die zu blutigen Pogromen und Vertreibungen führten. Im 19. Jahrhundert hat er sich mit dem Rassismus verbunden, der die Überlegenheit der weißen Rasse als Grundlage des Kolonialismus begründete. Dieser Antisemitismus, der sicher noch fort besteht, ist zutiefst irrational und basiert nicht auf Erfahrung. Der Hass der Palästinenser auf Israel dagegen hat handfeste Gründe, die in ihren Erfahrungen mit dem Handeln der israelischen Regierung wurzeln. Er ist aus der unmittelbaren Lebenslage und dem Erleben fortwährender Repression begründet. Dass er sich nun in Teilen auch der antijüdischen Stereotype des europäischen Antisemitismus bedient, ist bedauerlich, ändert aber nichts an der unterschiedlichen Ausgangslage.

Eine weitere schlimme Mode ist es, die Geschichte immer mit bestimmten historischen Ereignissen neu beginnen zu wollen. Nine/eleven 2001 begründete angeblich eine „Neue Ära“; der Angriffskrieg Russlands ist angeblich „Die Zeitenwende“, und der Überfall der Hamas erfordert nun „den großen finalen Krieg ums Überleben“. Aber alle Anschläge und Kriege haben eine Vorgeschichte, ohne die und ohne die grundlegenden Interessen der Beteiligten sind sie nicht zu verstehen.

Teil 3

Was könnten die deutschen Interessen sein, die der bedingungslosen Unterstützung Israels zu Grunde liegen?

Ich erinnere an den Rücktritt des Bundespräsidenten Horst Köhler 2010. Auslöser war ein Interview im Deutschlandfunk. Es ging um die Verlängerung des Afghanistanmandats der Bundeswehr.

Vor allem ein Satz sorgte für Aufruhr:

"Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch

militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ, bei uns durch Handel Arbeitsplätze und Einkommen zu sichern."¹⁴

Dieses noch sanft formulierte Bekenntnis zur politischen Gewalt im Ausland reichte damals aus, den Rücktritt des höchsten Repräsentanten des Staates zu fordern. Heute begrüßt Bundeskanzler Merz den eindeutig völkerrechtlichen Angriffskrieg des Verbündeten Israel gegen den Iran und erklärt. **„Israel macht für uns alle die Drecksarbeit“**. Es ist also eine Sache, die eigentlich auch wir mitmachen müssten, anstrengend und schmutzig, aber Israel erledigt sie für uns. Israel und wir sind eine Partei.

Anstatt dass sein Rücktritt für diese bodenlose Behauptung gefordert wird, erhält er auch noch viel Zustimmung. *„Nein, es ist nicht das feine Diplomategesäusel, mit dem deutsche Politiker sonst gern ihre Macht- und Ratlosigkeit überspielen, wenn der Bundeskanzler öffentlich davon spricht, dass Israel in Iran die <Drecksarbeit für uns alle> mache. Aber die Wahrheit ist es schon“*.¹⁵

Das ist die politische Kommentierung der FAZ. Andere Zeitungen loben sogar den Mut von Merz und danken für die Klarstellung. Das Völkerrecht, das einen Angriffskrieg grundsätzlich verbietet, wird ignoriert. Auch das Grundgesetz, das ebenfalls Angriffskriege verbietet, ist aus den Köpfen verbannt. Israel habe hinreichende Gründe, die existenzielle Bedrohung, die in der Existenz eines iranischen Raketensystems und seines Atomprogramms liege, auszuschalten. Iran sei die Krake, deren Arme die Hamas, die Hisbollah und die Huthis seien. Nachdem diese geschlagen seien, ginge es nun darum, die Krake zu töten und einen Regimewechsel einzuleiten. Dadurch werde der Nahe Osten neu geregelt. Mit dem Staat Israel als Hegemon werde Frieden möglich. Beweise für die Behauptungen, denen man blind folgt und selbst auch noch rechtfertigend herstellt, gibt es nicht. Es ist die gleiche Methode, mit der die USA ihren völkerrechtswidrigen Krieg gegen den Irak begründeten. Der Irak produziere massenhaft chemische Vernichtungswaffen, mit denen er die Region bedrohe. Beweise gab es nicht. Die USA führten damals den Begriff der präemptiven (vorausschauenden, vorsorgenden) Bedrohung ein. Eine Bedrohung, die eventuell möglich sein könnte, reicht dann für einen Angriffskrieg. Nach dem gleichen Muster verfährt nun Israel und alle alten imperialistischen Staaten spielen mit.

Merz erklärt mit seiner Äußerung: Israel ist unser Posten in Nahost. Seine hegemoniale Neuordnung der Region ist unser Interesse.

Im Jahr 1882 beschrieb der britische Diplomat und spätere Außenminister George Curzon, dessen Namen die Grenzlinie zwischen Polen und Russland nach dem 1. Weltkrieg trug, den Iran als *„Stücke auf dem Schachbrett, auf dem ein Spiel um die Herrschaft der Welt gespielt wird“*.¹⁶

Das war nackter Imperialismus und heute ist er kaum besser verkleidet. Der Iran war einer der ersten Staaten, die sich nach dem 2. Weltkrieg aus der kolonialen Umklammerung lösen wollten. Der iranische Ministerpräsident Mossadegh versuchte mit starkem Rückhalt in Bevölkerung und

14 https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100590038/horst-koehler-ist-tot-das-war-der-grund-fuer-seinen-ruecktritt-2010.html

15 FAZ, 20.06.2025

16 George N. Curzon, Persien und die persische Frage, Vol. 1

Parlament Anfang der 50iger Jahre, das iranische Öl unter staatliche Kontrolle zu bringen und im Iran eine demokratische Verfassung einzuführen. Großbritannien und die USA verhinderten das mit einem militärischen Putsch. Sie sicherten sich das Erdöl und stärkten die Monarchie des Schah von Persien. Dieser blieb bis 1979, bis zum Sturz durch das Mullah-Regime, ihr wichtigster Verbündeter in der Region. Aber Großbritannien und die USA konnten die nationalen, antikolonialen Interessen der Völker des nahen und mittleren Ostens nicht aufhalten. Es bildeten sich im antikolonialen Kampf neue unabhängige Staaten, die als Basis einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung die Nationalisierung ihrer Rohstoffgüter betrieben. Zu diesem Zweck gründeten diese Staaten 1960 die OPEC, um Einfluss auf den Weltölpreis und die Fördermengen zu gewinnen. Es wurden Verträge mit den riesigen Erdölfirmen geschlossen, die zumindest die Hälfte der Erträge den Nationalstaaten sicherten. Die Tendenz bestand darin, den nationalen Anteil auszuweiten und auch selbst die Regie über die Ausbeutung des Erdöls zu erhalten. Die starke Monopolstellung im Ölgeschäft verlieh diesen Ländern geopolitische Macht: Diese Macht setzten OPEC-Länder auch 1973 im Krieg zwischen Ägypten, Syrien und Israel (Jom-Kippur-Krieg) ein, indem sie eine Senkung der Ölförderquoten und Teilembargos beschlossen. Das vertiefte die damals einsetzende internationale Wirtschaftskrise immens. Noch heute wird sie bei uns als Ölkrise geführt. „Die Wachstumsraten der 24 reichsten Länder fielen von durchschnittlich 5 Prozent auf null, in der BRD sogar auf -1 Prozent“.¹⁷ 1974 gab die Bundesrepublik 17 Milliarden D-Mark mehr für Ölimporte aus im Vorjahr. Es wurden erstmals zur Kompensation Gasgeschäfte mit Russland beschlossen.

Als Gegengewicht gegen die nationalistischen Bestrebungen der Staaten in Nahost wurde die politische und ökonomische Förderung Israels immer wichtiger. Israel entwickelte sich zum wichtigsten Außenposten vor allem der amerikanischen Politik in diesem Raum.

Der deutsche Imperialismus hatte nach der schweren Niederlage im 2. Weltkrieg keine andere Möglichkeit, als an der Seite der USA zu erstarken. Er ist in fast allen Fragen eng mit der USA verkuppelt. Nur so konnte sein internationales Gewicht wieder wachsen. Seine geopolitischen Interessen decken sich nicht immer mit denen der USA, aber seine eigenständigen Handlungsmöglichkeiten sind beschränkt.

Die Enttäuschung der arabischen und iranischen Bevölkerung über die Dominanz des Westens und die diktatorischen Entwicklungen in ihren Ländern führten dazu, dass immer mehr rückwärtsgewandte religiöse Ideologien um sich griffen. Diese setzten sich im Iran 1979 durch und führten auch in anderen Staaten zu religiösen und islamistischen Bewegungen. Der Islamismus gipfelte 2001 im Terroranschlag auf das Trade Center in New York. Das nahm George.W.Bush zum Anlass zur großen Abrechnung mit den arabischen Staaten. Er warf ihnen Unterstützung des islamistischen Terrors vor und erklärte sie zu Schurkenstaaten. Die Zerstörungen der Staaten Irak, Libyen, Syrien haben wir erlebt. Jetzt ist Iran an der Reihe.

Uns immer noch geht es um Öl. Die bundesdeutsche Rohstoffagentur erklärt:

„Iran ist vor allem ein erdöl- und erdgasreiches Land in einer geostrategischen Lage.“ Die konventionellen Ölreserven sind die zweitgrößten der Welt nach Saudiarabien. Die Erdgasreserven die zweitgrößten nach Russland. Darüber hinaus verfügt das riesige Land über zahlreiche Mineralvorkommen und eine große Stahlproduktion.“¹⁸

17 Simon Schaupp, Stoffwechselfolitik, Berlin 2024, S. 233f

18 Deutsche Rohstoffagentur <DERA> in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, 2024

Das weckt imperiales Begehren. Erdöl ist mit 30 Prozent immer noch der wichtigste Energieträger der Welt vor Kohle und Erdgas. Erneuerbare Energien tragen nur zu 2 Prozent des weltweiten Verbrauchs bei. Durch die Straße von Hormus werden 15 Prozent des Erdöls und 20 Prozent des Erdgases transportiert.¹⁹

Die Straße von Hormus ist von wichtigster strategischer Bedeutung. Die USA und die EU wollen diese Region und die Energieressourcen kontrollieren. Dazu haben die USA dort neun Militärstützpunkte mit über 40.000 Soldaten aufgebaut. Aber wichtiger noch ist ein bis an die Zähne bewaffneter Staat Israel, der die Region militärisch kontrolliert. Im Bündnis mit reaktionären Diktaturen wie Ägypten, Saudiarabien und den arabischen Fürstentümern erhofft man sich dauerhaften Einfluss und Sicherheit. Eine wahrhaft demokratische Allianz.

Tobias Weißert

tobias.weisert@gmx.de

06.07.2025

¹⁹ FAZ, 23.6.2025